

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bekanntmachungen der Amtsgesetzgebung
der Stadt Aue und des Kreises Aue.

Ausgabezeitung für die Amtsgesetzgebung
der Stadt Aue und des Kreises Aue.

Zeitung für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Amt Leipzig Nr. 1040.

Nr. 170

Mittwoch, den 23. Juli 1924

19. Jahrgang

Das Misstrauen der Geldgeber.

Es wäre zwecklos, der Londoner Konferenz ein Prognosetext zu stellen. Von Stunde zu Stunde wandelt sich das Bild und mit Unbehagen sehen die Ministerpräsidenten der Entente ein soeben beschlossenes Kompromiss wieder auseinandergeleiten. Nichts steht fest. Vielleicht genug hatte man sich gegen Ausgang der vergangenen Woche wenigstens im ersten Ausschuss, der die deutschen Verpflichtungen und deren Folgen zu behandeln hat, auf eine Entscheidung festgelegt, die zwar für uns unannehmbar erschien, aber trotzdem die einstimmige Billigung aller Beteiligten gefunden hatte. Das war freilich nur dadurch möglich gewesen, daß Macdonald, der sich augenscheinlich überhaupt nur durch seinen Drang nach Ergebnissen auszeichnet, im übrigen aber an Grundsätzen nicht mehr festzuhalten scheint, ganz erhebliche Zugeständnisse den französischen Wünschen gemacht hatte.

Und nun ist das alles nichts gewesen. Eine gewichtige Stimme erhob sich und blies diese Beschlüsse wieder. Man hatte nämlich vergessen, die englisch-amerikanische Hochfinanz nach ihrer Ansicht zu fragen, und sie das Geld geben soll, ohne daß der Dawesbericht nicht materialisiert werden kann, so war ihre Meinung eigentlich die entscheidende. Nur wenn sie die Schlußfassung der ersten Kommission als ausreichende Garantie für die Geldgeber ansehen konnte, waren diese Schlußfassung endgültig. „Bundeskredit“ des 16. weil schließlich auch Deutschland trotz der bisherigen Einladung ein Wort dabei mitzusprechen hat. Im offiziellen Croon-Stefemanns aber stand bereits zu lesen, daß sich die deutsche Regierung mit den Londoner Kompromissen nicht abfinden könnte.

Am Montag nun haben die führenden Bankiers, es sind Lamont, der Mitinhaber Morgans, Kindersley, Montague, Norman, der Gouverneur der Bank von England, Owen Young und der frühere englische Schatzkanzler MacKenzie, ihr Sprachlein hergeschlagen. Zunächst einmal grundsätzlich: keine freie Hand für irgend einen Gläubigerstaat Deutschlands. Sobald aber haben sie einem gewiß gefundenen Misstrauen gegen die Reparationskommission Ausdruck gegeben. Die Behörde, die unter Verlegung des Versailler Vertrages in recht eigenmächtiger Weise die Ruhrbesetzung beschlossen hat, kann in der Tat den Unleidzeichenern beim Bürgschaft für die Innehaltung neuer Verträge geben. Auch der Amerikaner an ihrer Spitze würde daran nur wenig ändern. Sie gingen sowohl, mit aller Bestimmtheit, ein volliges Misstrauen der Unleidzeichen in Aussicht zu stellen, wenn die Beschlüsse der Kommission nicht rückläufig gemacht würden.

Es ist selbstverständlich, daß diese Erklärung zu einer Erfüllung der Konferenz geführt hat. Macdonald selbst ließ sich wohl belehren, zumal es scheint, als ob auch der amerikanische Staatssekretär Hughes, der nur zufällig in London war, einen ähnlichen Standpunkt dem englischen Premierminister gegenüber vertreten hat. Unders aber verhält es sich mit Herrriot und Theunis. Der belgische Ministerpräsident könnte vermutlich auf die englische Seite treten, ohne in seinen Parlamenten unüberwindlichen Schwierigkeiten zu begegnen, aber er hat sich in der letzten Zeit sehr erheblich festgelegt und Polnische Politik gegen Poincarés Nachfolger getrieben. Herrriot aber, das muß ganz ehrlich zugegeben werden, befindet sich in keiner besonders werten Lage. Er steht vor der Wahl, entweder die Konferenz durch ein hartnäckiges Nein zu brengen und damit eine unannehbare Verantwortung auf sich zu nehmen, oder aber mit einem Ergebnis heimzufahren, das ihm vermutlich sehr bald die Stellung kosten wird.

Kompromißmöglichkeiten zeichnen sich bereits ab. Man spricht in London davon, anstelle der Reparationen die Finanzkommission des Völkerbundes zu lehen, oder aber das Daweskomitee, also die Urheber des Rücktritts, mit der Kontrolle seiner Durchführung zu beauftragen. Beides würde vorausichtlich eine verständige Lösung sein, die auch die Zeichner der Unleidzeichen vollständig könnten, fraglich bleibt jedoch, ob Herrriot genug bestellt, um seiner eigenen Überzeugung zu folgen und nach Annahme dieses Kompromisses seinen Gegnern in Paris entgegenzutreten. Darauf hängt der Ausfall der Londoner Konferenz ab.

Macdonalds Abrüstungspläne

Vern, 22. Juli. Der Generalsekretär des Völkerbundes erhält ein von Macdonald unterzeichnetes Schreiben der britischen Regierung, in dem der englische Standpunkt zu dem Kompromißvorschlag einer Garantiepolitik dargelegt ist und wichtige Hinweise über die Stellung Englands zur Wiederaufbau enthält. Das Schreiben betont, daß die englische Regierung immer nochere Bedeutung hielte, als derjenigen der Rüstungsbefriedung. Die englische Regie-

Die Hochfinanz erhebt Einspruch.

Die englisch-amerikanischen Finanzkreise lehnen das Kompromiß des ersten Ausschusses ab.

Die Einwendungen

der Hochfinanz.

London, 22. Juli. Die vier Hauptdelegierten des ersten Ausschusses besprachen ihren Vergleich gestern im Schatzkanzlerzimmer des Unterhauses Stundenlang mit dem Bankiers. Es bestätigt sich, daß die Bankiers deutlich zu verstehen gegeben haben, daß der gestern veröffentlichte Bericht des ersten Ausschusses nicht genügt und daß sie hierin keine genügende Sicherheit für die Zeichner der Unleidzeichen. Sowohl die englischen und amerikanischen Finanzkreise nehmen besonders Aufschluß an dem vierten Artikel des Berichts des ersten Ausschusses in dem die Vertragsmächte mit alle ihre Rechte aus dem Versailler Vertrag vorbehalten, d. h. nach französischer Auslegung auch das Recht zur selbständigen Erreichung von Sanktionen. Die Finanzkreise wollen aber die Möglichkeit, neuer territorialer Sanktionen ausgeschaltet wissen. Da der ganze Dawesbericht mit dem Zusammensetzen der Unleidzeichen steht und fällt, so hält man es englischerseits für erforderlich, den Anforderungen der Bankiers, die allerdings in einigen Punkten allemal rigoros sein sollen, nach Möglichkeit entgegenzutreten. Unerledigt ist auch noch die Frage der rheinisch-westfälischen Eisenbahnen.

Heute will der Finanzrat sein Glück mit den Bankiers versuchen. Auch nach seiner Angabe erwiesen sich zwei gestrige Versuche des Finanzrates, eine Verständigung herbeizuführen, als erfolglos, sie sollen heute fortgesetzt werden. Die britischen militärischen Sachverständigen behaupten ebenso kategorisch, daß das vor der Ruhrinvasion bestandene Arrangement für die Sicherheit der Truppen vollauf genüge, was die Franzosen bestreiten.

Im anderen Unterausschuss des zweiten Ausschusses dauert das Ringen um bestimmte Punkte, die die Engländer für die Ausführung der wirtschaftlichen Rücksumme des Ruhrgebietes bestimmen möchten, weiter fort. Sie bestehen darauf, Mitte August sollte für den Abschluß der ersten Phase, nämlich die Besetzung erhebe jedoch gegen den Entwurf des Garantiebautes eine Reihe von Einwänden, die des näheren dargelegt werden. Die britische Regierung könne den Garantiepakt nicht empfehlen. Darauf schließt sich eine Darlegung der leitenden Gesichtspunkte der englischen Politik in der Abstimmungsfrage, die darin gipfelt, daß sobald sich eine günstige Gelegenheit bietet, die Regierungen der ganzen Erde sich zu einer Konferenz versammeln müssten, deren Aufgabe die Ausarbeitung eines Planes der Rüstungserinnerung sein müsste.

(Verm. rechts.) Der Deutschnationale b. Krieg habe vor dem Rathenaumord einen der Mörder zu der „hebstichtigen vaterländischen Tat“ beglückwünscht. (Verm. rechts und bei den Komm.) Das von Spiegel gegen die Kommunisten zusammengetragene Material habe sich als eitel Schwindel erwiesen. In der deutschösterreichischen Presse des Völkerbundes werde ungern gegen Kommunisten und Republikaner aufgesucht. Über 850 Mord sind aus politischen Motiven von Parteidämmern der Partei auf der Rechten gegen Angehörige der Arbeiterpartei, gegen Republikaner, verübt worden. Der aneckliche Attentatsplan gegen Noske sei die übelste Spiegelmaße gewesen. Die Kommunisten wünschten in Wirklichkeit Noske ein recht langes Leben, denn er sei der beste unfreundliche Agitator für die Kommunisten. In Hannover habe zu den Hauptversammlungen der Noske-Polizei der 88fache Mörder Haarmann gehörte; dieses Subjekt wurde von der Polizei der Seberring und Noske sechs Jahre lang befördert. Könnte sechs Jahre lang dies so unglaubliche Treiben fortsetzen. Der Fall Haarmann ist ein Fall Noske, ist ein Fall Seberring, ist ein Fall Wallraf!

Ubg. Dr. Leib (Soz.) beantragt Überweisung der Untergabe an den Geschäftsauswaltungsausschuss. Präsident Wallraf widerspricht der Meinung, daß bisher die Reichstagspräsidenten nur mit den Reichstagsinstanzen verkehrt hätten. Er erklärt weiter: „Ich habe mich bei alten Reichstagspräsidenten erinnert, daß man dem Ungegriffenen möglichst Freiheit in der Verteidigung lassen soll und habe es darum für eine vornehmen Pflicht gehalten, alle gegen mich gerichteten Angriffe des Abgeordneten Ray, die bis zum Vorwurf des politischen Mordmordes gingen, zu überprüfen. Das bedeutet aber nicht, daß ich künftig ähnlich schwere Angriffe gegen Beamte und Behörden durchgehen lassen würde.“

v. Graese (Maior.) führt große Gedanken gegen das Ziel von Justiz und Polizei eingeschlagene Verfahren. Der Präsident habe vielleicht im guten Glauben gehandelt, aber seine Zustimmung zu der Durchführung sei bedauerlich. Der frühere Präsident Löbe habe die Rechte der Abgeordneten in anerkannter Weise gegen die Willkür der von Sozialdemokraten geleiteten Polizei verteidigt.

Nach dem Schlußwort des Ubg. Ray erfolgt die Ube-

lung allen Holländern und Wiedereinführung der berufsgenossenschaftlichen Betriebsrats für Anzeigen aus Zeit und Umfang der Goldmark, einschließlich Anzeigen zu Goldmark, Ratsamt-Betriebsrats zu Goldmark, amtliche Zeile zu Goldmark.

Unter diesen Umständen ist das Datum der Vollzugsung das auch über die Frage der deutschen Einigung entscheiden soll, noch unsicher. Man scheint hier allgemein anzunehmen, daß der französisch-belgische Widerstand hierin faktisch überwunden ist und die Konferenz mit den Deutschen am Montag anfangen wird, wozu „Daily Herald“ schreibt, dann wird die wirtschaftliche Krise kommen. Die höchste Aufgabe unserer politischen Kunst bleibt eine Verständigung (!) zwischen Deutschland und Frankreich in der Frage der militärischen Besetzung herbeizuführen. Gelingt dies nicht, so wird unser Dawesplan oder irgendein Plan, um Badung von Deutschland zu erlangen, zur Herstellung des wirtschaftlichen Friedens im Westen im geringsten näherbringen.

Verständigung mit Frankreich unmöglich!

London, 23. Juli. Nach Ausgang der Zusammenkunft hatte sich Lamont nach dem Hyatt-Hotel verabschiedet und mit dem französischen Ministerpräsidenten, wie der „New York Herald“ meldet, nahezu 4½ Stunden gesprochen. Lamont legte Herriot den Standpunkt der anglo-amerikanischen Finanzkreise in der Frage der geforderten Zusatzgarantien dar. Herriot soll den amerikanischen Kapitalisten schließlich geantwortet haben, daß die innerpolitische Situation es ihm nicht ermögliche, die angeforderten politischen Garantien zu gewähren. In den Londoner französischen Kreisen haben die neuauftauchten Schwierigkeiten einen außerst ungünstigen Eindruck gemacht, da die in der Frage der Verpflichtungen und der Sanktionen erzielte Verständigung wieder völlig zweifelhaft geworden ist. In Paris hat die neue Wendung der Dinge selbstverständlich ganz außerordentlich verstört. Vertreter aufzugeben soll Young gestern abend amerikanischen Korrespondenten erklärt haben, daß eine Verständigung mit der französischen Politik tatsächlich ein Ding der Unmöglichkeit sei.

(Verm. rechts.) Der Deutschnationale b. Krieg habe vor dem Rathenaumord einen der Mörder zu der „hebstichtigen vaterländischen Tat“ beglückwünscht. (Verm. rechts und bei den Komm.) Das von Spiegel gegen die Kommunisten zusammengetragene Material habe sich als eitel Schwindel erwiesen. In der deutschösterreichischen Presse des Völkerbundes werde ungern gegen Kommunisten und Republikaner aufgesucht. Über 850 Mord sind aus politischen Motiven von Parteidämmern der Partei auf der Rechten gegen Angehörige der Arbeiterpartei, gegen Republikaner, verübt worden. Der aneckliche Attentatsplan gegen Noske sei die übelste Spiegelmaße gewesen. Die Kommunisten wünschten in Wirklichkeit Noske ein recht langes Leben, denn er sei der beste unfreundliche Agitator für die Kommunisten. In Hannover habe zu den Hauptversammlungen der Noske-Polizei der 88fache Mörder Haarmann gehörte; dieses Subjekt wurde von der Polizei der Seberring und Noske sechs Jahre lang befördert. Könnte sechs Jahre lang dies so unglaubliche Treiben fortsetzen. Der Fall Haarmann ist ein Fall Noske, ist ein Fall Seberring, ist ein Fall Wallraf!

Ubg. Dr. Leib (Soz.) beantragt Überweisung der Untergabe an den Geschäftsauswaltungsausschuss.

Präsident Wallraf widerspricht der Meinung, daß bisher die Reichstagspräsidenten nur mit den Reichstagsinstanzen verkehrt hätten. Er erklärt weiter: „Ich habe mich bei alten Reichstagspräsidenten erinnert, daß man dem Ungegriffenen möglichst Freiheit in der Verteidigung lassen soll und habe es darum für eine vornehmen Pflicht gehalten, alle gegen mich gerichteten Angriffe des Abgeordneten Ray, die bis zum Vorwurf des politischen Mordmordes gingen, zu überprüfen. Das bedeutet aber nicht, daß ich künftig ähnlich schwere Angriffe gegen Beamte und Behörden durchgehen lassen würde.“

v. Graese (Maior.) führt große Gedanken gegen das Ziel von Justiz und Polizei eingeschlagene Verfahren. Der Präsident habe vielleicht im guten Glauben gehandelt, aber seine Zustimmung zu der Durchführung sei bedauerlich. Der frühere Präsident Löbe habe die Rechte der Abgeordneten in anerkannter Weise gegen die Willkür der von Sozialdemokraten geleiteten Polizei verteidigt.

Nach dem Schlußwort des Ubg. Ray erfolgt die Ube-

Stellung über die kommunistischen Anträge. Das Urteil auf Widersetzung der sozialdemokratischen Materialien wird dem Reichsverordnungsausschuss überwiesen. Ein weiterer Antrag auf Abänderung der Reichsverfassung wird dem Rechtsausschuss vorgelegt. Der von den Sozialdemokraten unterstützte Antrag, das Mitherausvothum der kommunistischen Fraktion gegen den Reichstagsabstinenten Wallraff, gleichfalls der Reichsverordnungskommission zu überweisen, wird mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen die sozialistischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt. Daraufhin erklären die Sozialdemokraten, daß sie sich bei der namentlichen Abstimmung über das Mitherausvothum der Stimme enthalten werden. (Gebahnte Wiederholung rechts.) Der Mitherausvothaft wird sodann in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Es wurden im ganzen 881 Stimmen abgegeben, davon 29 mit ja, 196 mit nein, 106 enthielten sich der Stimme.

Sozialdemokratische Opposition?

Schon seit einigen Tagen zeigt sich in der sozialdemokratischen Presse eine wachsende Rüfung, in einer ausgedrochene Oppositionsstellung einzutreten, während die Partei bisher der Reichsregierung gegenüber eine abwartende Haltung eingenommen und ihre Stellung zu den einzelnen Gesetzesvorlagen und außenpolitischen Entscheidungen lediglich von sozialen Erwägungen abhängig machte. Dieser Stimmungsumschwung kann an sich natürlich nicht überraschen, nachdem die deutsche Volkspartei in ihren Frankfurter Entschließungen sich zur Bildung eines Bürgerblocks bekannt hat. Es ist so schließlich auch kein Geheimnis, daß der rechte Flügel des Zentrums von dem alten Abg. Herold und dem früheren preußischen Ministerpräsidenten Stegerwaldt auf dasselbe Ziel hinarbeitet. Auch die Einbringung der Hollnix-Vorlage mußte in der Sozialdemokratie starke Beunruhigung hervorrufen. Mehr noch aber als diese politischen Vorgänge haben persönlich gewirkt. Vor allem der Abtan der beiden sozialdemokratischen Oberbürgermeister Scheidemann in Kassel und Leiment in Hannover. Man sieht darin bereits Symptome der neuen anhängenden Entwicklung. Trotzdem hat die Sozialdemokratie kein Recht, einen Frontwechsel vorzunehmen, wo die wichtigste Frage der Außenpolitik zur Entscheidung heranreift. Dahinter hat alles andere zurücktreten. Eine Partei, die über Millionen Wählergruppen verfügt, ist verpflichtet, zunächst einmal deren dringendste Interessen wahrzunehmen. Die Sozialdemokratie wird nicht bestreiten können, daß vom Deutschen Volkes im weitesten Ausmaß abhängt. Am Horn gefaßte Entschlüsse haben sich noch nie als richtig erwiesen. Das wird sich hoffentlich auch die sozialdemokratische Fraktion sagen; die jetzt ihre Haltung neu zu bestimmen hat. Bissher hat sie den Ordnungen ihres sehr starken linken Flügels noch erfolgreich widerstand geleistet. Erleichtert dieser Widerstand, so können das zu unabsehbaren inneren wie außenpolitischen Folgen führen.

Politische Rundschau.

"Abgrundlose Falschheit."

Endlich wissen wir, wie die Deutschen nationalen wirklich über den Dawesplan denken! Herr v. Tirpitz, ihr Kanzlerkandidat, hat einem amerikanischen Pressemann verraten, wie er sich zu diesem vielumstrittenen Projekt verhalten würde, wenn er zur Regierung berufen werden sollte. Der alte Seemann spricht nicht mit scharfen Worten. Er bezeichnet den Dawesbericht als ein „abgekartetes Projekt der internationalen Bankiers zum Schutz ihrer eigenen Interessen und zum Schaden Deutschlands. Er spricht von der abgrundlosen Falschheit, die sich in diesem Dokument verborge, dessen Ausführung nur Hunger und Arbeitslosigkeit bedeute. Damit verlegt er der englisch-amerikanischen Hochfinanz einen kräftigen Tritt vor den Bauch, und zwar in demselben Augenblick, wo diese in London so energisch ge-

nen die französischen Funktionelle und gegen die Verabschiedungskommission als Instrument der französischen Herrschaft braucht macht. Wer dieses Wunder deutsche nationale Diplomatenkunst fassen will, dem steht allerdings der Geist — aber nicht vor Sichtbarkeit — still. Herr v. Tirpitz versteht uns auch, was er als Reichsflieger mit dem Dawesplan tun würde. Er würde dieses Erzeugnis „abgrundlose Falschheit“ — nun, man rufe einmal — annehmen! In der Tat, so hat er es zu dem Amerikaner gesagt. Er hat nur die eine Bedingung gestellt, daß das Muhrgediet militärisch gerichtet würde. Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß der alldeutsche Justizrat Clapham in der „Deutschen Zeitung“ zweifelt, ob der Kampf der Deutschen Nationalen gegen das Dawesquellen wirklich ernst gemeint sei. Nahe Deut werden anscheinlich dieser Tatsachen vielleicht die überflüssige Frage stellen, ob die „abgrundlose Falschheit“ denn nur bei der englisch-amerikanischen Finanz zu suchen sei.

Die Eisenbahnbeamten behalten ihre Rechte.

Berlin, 22. Juli. Gegenüber mehrfach aufgetauchten Vorwürfen wird seitens des Reichsverkehrsministeriums versichert, daß durch den Übergang der Eisenbahnbeamten aus dem Verhältnis von Reichsbeamten in das von Reichseisenbahnbeamten in ihren Rechten und Pflichten nichts geändert wird. Sie behalten ihre öffentliche-rechtlichen Befugnisse.

Die Heimkehr des deutschen Linienschiffsgeschwaders.

Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Wilhelmshaven: Nach einer glatt verlaufenen Rundreise ist Montagnachmittag das deutsche Linienschiffsgeschwader aus Spanien wieder in die Heimat zurückgekehrt. Die Rückreise führte bei schönstem Wetter rund um Großbritannien und Irland durch den Pentland-Firth nach der Nordsee. Bei Passieren des Pentland-Firth, von dem sich die Bucht von Scapa Flow abweigt, riefte der Admiral einen Winspruch an das Geschwader: „Bei Scapa Flow denken wir an unser Aiel, Deutschlands Befreiung!“ Das Linienschiff „Hannover“ wurde hierauf nach der Ostsee entlassen. Es nahm Kurs über Skagen. Die stürzigen Schiffe fuhren nach Wilhelmshaven. Die letzten Tage in Spanien waren sehr ereignisvoll. Einladung folgte auf Einladung. Ruhig war der größte Teil der Besatzung am Land geladen, während ungezählte Spaziergänger das Linienschiff „Elphinstone“ besuchten.

Die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien.

Kattowitz, 22. Juli. In den gestern allenhalben abgehaltenen Betriebsversammlungen kam die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft über die Verlängerung der Arbeitszeit zum Ausdruck. In einer Erklärung der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengefügten Betriebsorganisationen wird gegen die Verlängerung der Arbeitszeit protestiert. Wie die Kattowitzer Zeitung meldet, verließen letzte Nacht sämtliche Arbeiter die Kundgebungssitzungen und ließen die Posen falt werden. Auch die Wachmannschaften des Werkes schlossen sich der Belegschaft an.

Die geselligen deutschen Nieder.

Essen, 22. Juli. Der französische Divisionsgeneral in Essen hatte vor kurzem wegen des Vortrages deutscher patriotischer Nieder in einem Konzert im Essener Stadtgarten auf einen Monat verboten. Jetzt hat das französische Kriegsgericht den wegen des erlaubten Konzerts unter Anklage gestellten Konzertleiter, Musikdirektor Müller, zu einem halben Jahr Gefängnis und die beiden Worte des Städtischen Saalbaues zu 800 bzw. 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Musikdirektor Müller wurde nach der Verurteilung sofort verhaftet. Die Verurteilung erfolgte, weil der Angeklagte durch den Vortrag des Flaggenliedes, des Lippes-Detmold-Nieders und des Liedes „Deutsch hoch in Ehren“, „...gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung sowie gegen die Sicherheit der Besatzungsstruppen verstoßen hätte“. Die Ber-

urteilung der Geltwirkung erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten, obwohl sie nach den Maßnahmen ihrer Verteidigers mit dem Konzert nichts zu tun gehabt haben und während des Vortrages der Nieder bei dem Konzert auch nicht anwesend waren.

Von Stadt und Land.

Mittwoch, 23. Juli.

Der tägliche Spaziergang.

Woher kommt es, daß die Landleute fast immer gesunde, kräftige Naturen sind, an denen jeder seine Freude haben mag? Unsere Landleute arbeiten tüchtig, aber da sie dabei den Hauptteil des Tages in freier Luft zu bringen, so kann der gesundheitliche Einfluß dieses Lebens- und Erholungsstoffes, den sie in vollen Zügen einnehmen, an ihnen seine gute Wirkung ausüben. Gleicher Bewegung, wie sie die Tätigkeit der Dorfbewohner verlangt können wir Soldaten uns in der gleichen Art nicht machen, da uns der Beruf an das Sitzen festsetzt. Über wir sollen wenigstens viel Spazieren gehen, damit auch wir einen Teil von der Kreativität und dem blühenden Aussehen der Landbewohner am eigenen Körper gewinnen. Beim Wandern meide man selbstredend die steinigen Straßen mit ihrem Darm und suche dafür die sandigen Sträume mit ihrem Darm und oben uns umwelt und wo vom Feld und der Wiese reine frische Luft in unsere Lungen strömt. Es ist wichtig, was für Stoffe wir während des Spaziergangs einnehmen, denn während wir in ruhendem Zustande in der Minute etwa 16 Atmungen tun, steigert sich, während wir uns bewegen, diese Zahl auf das vier- bis fünfzache, so daß wir einen ganzen Vorrat an Lebensbalsam in uns aufnehmen. Das hilft daher, daß wir tiefer Atem holen müssen, wenn wir rüstig fortstreiten. Nicht zu unterschätzen ist auch der weitere Vorteil, der unserer Blutzirkulation zugute kommt. Durch die Bewegung wird nämlich das Blut gleichmäßig durch den ganzen Körper getrieben, während wir bei sitzender Lebensweise oft einen hellen Kopf, aber kalte Füße haben, da der Kreislauf durch die Ruhe gebremst wird. Man soll sich daran gewöhnen, bei jedem Wetter spazieren zu gehen. Nur derjenige, der ein bisschen Wind und Regen nicht fürchtet, erhält sich die Gesundheit und erreicht durch diese Abhärtung gegen die Launen der Witterung einen dauernden Schutz vor Erkrankungen, wie sie der empfindsame Mensch, den höchsten der warmen Sonnenstrahl hinausloren kann, schon bei dem leisesten Luftzug fühlt. Natürlich gilt es auch hier, sich vor Überreibungen zu hüten.

Verfassungsfest. Nur würdigen Begehung des Verfassungstages, 11. August, ordnet das Gesamtministerium folgendes an: Sämtliche öffentlichen Gebäude haben am 11. August in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen. So weit einzelne Gemeinden im Besitz von besonderen Flaggen (z. B. in den Städten) sind, können diese neben den Reichs- und Landesflaggen gezeigt werden. Die Staats- und Gemeindebehörden im Lande werden aufgefordert, ihrerseits Verfassungsfeste zu veranstalten. In allen Orten, die sich mehrerer Behörden befinden, haben sich die Vorstände dieser Behörden unverzüglich gegenseitig ins Verein zu setzen, um möglichst gemeinsame Bestimmungen über eine würdige äußere Gestaltung der Feier herbeizuführen. Zu den Feiern sind Vertreter aller Bevölkerungsschichten, insbesondere die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Handels- und Gewerbevereine, die Innungen, sowie die Beamten- und Angestelltenverbände einzuladen. Bei den staatlichen Behörden ist der 11. August vorbehaltlich der Teilnahme an den Verfassungsfesten frei. Der Dienst wird wie an Sonnabenden geregelt.

Ministerialdirektor Dr. Dehne Direktor der Sachsischen Bank. Der Aufsichtsrat der Sachsischen Bank hat gestern den Ministerialdirektor im sächsischen Arbeitsministerium Dr.

einen Knick nach dem anderen, und als ihr der salante Kuss die Hand küssen wollte, schlug sie ihm mit ihrer knochigen Rechten derartig gegen seinen Kopf, daß er das Gesicht hatte, er fürchte Funken.

Die junge Braut, frisch und niedlich in ihrem leuchtend roten Kleid, mit ihren dunklen Sommern, dem Grinschen im Auge und der nativen Treolerie rheinlandskinder, war rasch warm geworden.

Grete duschte sich mit dem Kümmel, der sie frischer mit Schneeballen geworfen hatte, ließ sich von Gustav die Zigarette anzünden, trank Brüderlichkeit mit „Onkel Anton“ und nannte Frau von Budwigier gleich Tante Bettie, obwohl diese sich zurückhaltend verhielt, denn sie war aus Potsdam. Bei ihr dauerte es immer etwas länger wie bei ihrem Gatten, der mit Rheinwasser getauft war.

Und dem netten Doktor Niedert setzte Grete eine weiße Nachhaube aus dem Knallbonbon auf, mit langen Bändern, die ihm über das fröhliche rote Gesicht baumelten, was alle sehr lustig fanden, nur Olana nicht, denn es sah aus, als wollte er eben darin sein Bett feststellen.

Grete war froh. Nun war das Eis gebrochen und sie konnten bald heiraten.

„Ja, so kommt man zu einem Schwiegersohn.“ Kollin strich seinen schwarzen Knoblauchbart. „Sie war nie für Gymnastikengeschlechten gewesen, nichts für uns mit meinen Damen. Ich halte nämlich nicht viel von Jugendlieben, denn man verändert seinen Geschmack mit den Jahren, man soll sich nicht zu früh veranlassen.“

„Da muß ich Ihnen widersprechen,“ nahm Gustav Niedert das Wort, „ denn mein Bruderigum und ich hatten uns auch schon in der Schule gekannt.“

„Ja ja, aber die Geschichte ist doch nicht zum Klappern gekommen“ sagte der gerührte Schwiegersohn, der ihr mit der Wolldecke auf dem viel zu kleinen X-Stuhl gegenüber saß.

„Ja, aber nur, weil mein Bruderigum an der Stoßstange stand,“ sagte Rudulain Schmidt und sah Gustav Kollin lächelnd an.

(Fortsetzung folgt.)

Die Herweghs.

Roman von Liesbet Dill.
Copyright by M. Fechtwanger Halle a. S.

(6. Fortsetzung.)

Um aufgeregteten gebärde sich Rudulain Schmidt. „Das ist mir grad in die Glieder gefahren wie der Blitz in den Schornstein! Wo habt ihr euch denn um Himmelswillen kennen gelernt?“

„Das war das einzige, was Ernst ungern gestand, denn die Kurhausrebouten handen in seinem sehr guten Ruf.“

„Nicht hat hauptsächlich ihr wunderbares Klavierpiel angezogen,“ erklärte er, und er beschrieb, wie er Abend für Abend seit Jahren unter ihren Fenstern gespielt habe, um zuzuhören.

„Doch Nemmis kein Monopol ein. „Grete Kollin spielt Klavier? Das ist das erste, was ich höre?“

„Du kennst sie ja gar nicht,“ verteidigte ihn seine Mutter, die vor Bestürzung gar nicht wußte, ob sie sich freuen sollte.

„Gott, so ein Kranz und jetzt verlobt! Hast du denn schon mit Ihrem Vater gesprochen?“

„Rein, aber ich will es heute noch tun, wenn ihr es gestattet, gib ich jetzt hinüber. Grete erwartet mich.“

„Man fand das fassbar.“

„So Kind, so macht man das aber heute,“ beruhigte der General seine erschrockene Gattin, die es immer noch nicht fassen konnte, daß man die Braut heute noch zu leben bekommen sollte. Sie schob mit ihren kleinen dünnen Händchen nervös das Wechselfert-Sicht aufrecht. Wenn sie nur über Besinnlichkeit, packte sie, und sie blieb bestens zu dem genialen Kampfgeist auf.

„Greif stürmis fort.“

„Bring die Eltern gleich mit!“ rief ihm der Blitz mal auf der Treppe nach. Die anderen unterringten Frau D. General, und nun kam heraus, daß sie einmal dem Vater in der Kuntshalle eigentlich begegnet war und daß jedoch so vor dem endgültigen Verlobungen hatte.

„Ja, ja, die jungen Deute.“

Doktor Niedert, der seine Stunde näher gekommen glaubte, versuchte der lächelnde Olana, die heute so brüderlich ausnahm, heimlich die Hand zu drücken, und sie ließ sie ihm.

Sie war, trotz ihrer Stille, immer umschwirmt von Männern, aber ihre Verehrer waren leider meist noch nicht mindig oder ganz alt. In der Mitte stand sich nichts für sie. Niedert war bis jetzt der einzige ernsthafte Bewerber Olanas, von der die anderen ahnten, daß sie eine sehr losspielige Frau sein würde.

Nach einer halben Stunde, die den Wartenden sehr lang wurde, hörte man das Brauthaar auf der Treppe. Die Tür flog auf, und die junge Braut am Arm Ernstes trat ein. Die Eltern folgten. Die Hochzeitsgestalt des alten Weinhandlers mit seiner hageren kleinen Gattin schob sich hinter dem Brautpaar zur Tür herein. Frau Kollin hatte erst ihr schwarzes Kleid anzulegen müssen, deshalb hatte es so lange gebaut. Und der Vater habe „es ja erst nicht gewollt“.

„Ja ja,“ sagte der alte Kollin und drückte allen Unbekannten jovial und sehr fröhlich die Hand. „So ein Referendar, nicht wahr, Frau Major, die gibt's wie Sand am Meer, und es hat mal einer gefragt, daß sie noch billiger sind wie Schreibmaschinen, denn so einen Referendar braucht man überhaupt nicht zu bezahlen. Aber, als ich dann hörte — zu spät, wie immer, der elende Vater kommt ja immer zuletzt —, daß er,“ er klopfte Ernst auf die Schulter, „vorhat, Weinhändler zu werden, dagegen läßt sich nichts sagen. Einem tüchtigen Anwalt kann man seine Tochter geben.“

„Weine Frau,“ stellte er die magere kleine Dame vor und schob Frau Kollin energisch in den Dichtkreis. Sie war ungläublich besangen, sie hatte sich so rathlos umkleiden müssen, daß sie nicht wußte, ob ihr Kleid im nächsten Auge auffiel oder nicht. Sie war gut unbeschwert in diesen neuen Kreis hineingewechselt, den sie zwar recht genau kannte, diese „Jugendnahe erste Gesellschaft“ über deren Schwüchen sie noch bis vor kurzem in den Karmelitinnen weder mitgesetzt hatte — höchstlich erfuhr das nie die Schmidt. Sie machte vor Aufregung

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

„Obwohl sie nach den Maßnahmen ihrer Verteidiger mit dem Konzert nichts zu tun gehabt haben und während des Vortrages der Nieder bei dem Konzert auch nicht anwesend waren.“

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

urteilung der Geltwirkung, erfolgte, weil sie als Verantwortlicher des Konzerts den Vortrag der Nieder zugelassen hatten.

ur

Delme, R. d. L., zum Vorstandsmitglied der Sächsischen Bank gewählt.

Zur Wetterlage. Die im Westen gelegene Depression erweiterte gestern ihren Einfluss nach Osten. Die damit auch für Sachsen in Aussicht stehenden Gewitter traten in Westlachern bereits gestern nachmittag auf und waren von starken Regengüssen und, wie aus Chemnitz berichtet wird, auch teilweise von Hagelschlag begleitet. In den Abendstunden verbreitete sich die Gewitterfront und in der 12. Stunde noch auch über Sie und Umgegend ein Gewitter herauf, das mit starken, bis in die Morgentunden anhaltenden Regengüssen verbündet war, die eine angenehme Abkühlung nach der Schwüle des Vortages brachten. Anzeichen für längere dauernde Verschlechterung der Witterung sind noch nicht gesehen.

Hagelschlag. Während des Gewitters in vergangener Nacht traf gegen 12 Uhr ein Hagelschlag den auf dem Turme der lutherischen Kirche angebrachten Wetterhahn, der bis auf den Turmknopf herunterstürzte. Außerdem wurde durch die Entstörung das Hauptportal der Kirche beschädigt, das einen mehrere Meter langen Mauerriss aufweist.

Gewitteraktivität. Die Hörweite des Donners reicht im Durchschnitt nur bis 15 Kilometer, in seltenen Fällen, namentlich bei schweren Gewittern, bis 80 Kilometer. Die einschlagenden Blitze haben selten eine Länge von über 5 Kilometer, dagegen sind die in der Luft bleibenden Blitze bedeutend länger, bis zu 20 Kilometer. Die Gewitterwolken erreichen in der Regel keine großen Höhen; es sind aber auch schon bis zu 11 Kilometer gemessen worden. Ihre Geschwindigkeit beträgt durchschnittlich 30 bis 40 Kilometer in der Stunde. — Die Zahl der Todesfälle durch Hagelschlag ist bedeutend größer als gemeinhin angenommen wird. Sie beträgt in Steiermark und Kärnten etwa elf Einwohner je Million und Jahr, in Preußen vier, in Frankreich drei und in den Vereinigten Staaten sieben. Die gewitterreichsten Gegenden sind Norwegen und Sibirien. In Deutschland ist München der gewitterreichste Ort, man zählt hier im Durchschnitt 85 Gewittertage im Jahr. In der Mark Brandenburg werden durchschnittlich 20 bis 25 im Jahre gezählt.

Ein langer Sommer. Vogelkundige und Naturbeobachter berichten, daß die Stare heuer eine späte Brut ansetzen, während die jungen Stare bereits flügge geworden sind. Aus dem Verhalten der Tiere will man auf einen langen, sonnigen Sommer schließen.

Absenkonzert. Unzählich der Tagung des Bundesvorstandes des Bundes Christlicher Posaunenvereine Deutschlands findet morgen Donnerstag, den 24. Juli, er auf dem Cäcilienplatz des Stadtgartes bei günstiger Witterung ein Abendkonzert statt, gespielt vom Poslaunenorchester der Methodistenkirche zu Aue. Programm: 1. Choral: „Allein Gott in der Höhe sei Ehr“ v. H. Declus. 2. „Alles, was oben hat, lobt den Herrn, Hymne v. Fr. Silcher. 3. Ave Rosenlieder v. Ph. zu Eulenburg, a) Monatsrose, b) Wilde Rose. 4. Benedictus, Undante religiosa v. Ernst Rost. 5. Awei Heimatlieder; a) O Täler weit, o Höhen, Volkslied; b) Im schönsten Wiesen gründe, Volkslied. 6. Marsch. 7. Awei Abendlieder; a) Komm, stiller Abend, Volkslied; b) Willkommen, o geliger Abend, Volkslied. 8. Niederländisches Dankgebet v. Ed. Kremer. 9. Das Vaterunser v. C. Krebs. 10. Leih aus dem Himmels Höhen, Abendgebet v. Chr. W. v. Gluck. 11. Choral: „O bleibe, Herr, der Abend bricht herein.“

50prozentige Erhöhung der Familienzuschläge für Erwerbstätige. Der Haushaltsausschuss des Reichstages nahm einen Antrag an, die Familienzuschläge für Erwerbstätige um 50 Prozent zu erhöhen.

Lohnschicksale auch von der Post in Zahlung zu nehmen. Wie wir aus Berlin erfahren, wird infolge eines Beschlusses der leitenden Stellen mit Ende der Woche die Vorschrift aufgehoben, daß auf Kohlfarben und Reichsbankpostanweisungen nur mit Rentenmark bezahlt werden kann. Es werden fortan bis zum Betrage von 50 Mark alle zugelassenen Zahlungsmittel angenommen.

Vorsicht beim Wechselsteuernarken-Ankauf. In der letzten Zeit ist an einigen Stellen ein ungewöhnlicher Handel mit offenbar gefälschten oder schleichenden Wechselsteuernarken zu 200 Goldmark beobachtet worden. Da für den Verkauf von Wechselsteuernarken gesetzlich ausschließlich die Postanstalten zuständig sind, läuft das Büßtum beim Ankauf von Wechselsteuernarken aus Privathand Gefahr, in den Verdacht der Debatte zu geraten und strafrechtlich verfolgt zu werden. Es wird daher vor dem Ankauf von Wechselsteuernarken aus Privathand dringend gewarnt.

Werbebung der Arbeiter-Samariter-Kolonne. In dem Bericht über die Werbeübung der Arbeiter-Samariter-Kolonne am vergangenen Sonntag findet sich der Satz „die darauf folgende Kritik des Löhnert und Auer Kolonnenarbeiter“ usw. Hierzu teilt uns der Auer Kolonnenarzt d. h. der ärztliche Leiter der Auer freiwilligen Sanitätskolonne, Herr Dr. Gaudlitz mit, daß er der Übung nicht beigewohnt hat.

Weiselparolen. Bei Beginn der Haftreise sind die Reichsberatern aus der Weiselparole zur Vermeldung von Auseinandersetzungen besonders darauf hingewiesen worden, daß Weiselparolen (Eisenbahnerwörtern) bei Lösung von Fahrtarten anstandslos in Zahlung zu nehmen sind.

Freiwillige Aufzugsversicherung. Die allgemeinen Versicherungsbedingungen für die freiwillige Aufzugsversicherung bei der Gebäudenutzung der Sächsischen Landesbrand-Versicherungsanstalt sind dahin geändert worden, daß die Aufzugsversicherung sowohl für die bereits bestehenden als auch künftig neu hinzutretenden Versicherungen nicht mehr auf der Grundlage der Rentenmark, sondern der Goldmark gewährt wird.

100er-Wieberlebenfeier. In Werdaus findet vom 20. bis 22. Juli 1924 eine 100er-Wieberleben- und Gedächtnisfeier statt. Am Sonnabend, den 20. d. J. abends 7 Uhr ist ein Viergründabend in der Festhalle auf dem Schützenplatz vorgesehen und am Sonntag 11 Uhr eine Gedächtnisfeier am 100er Ehrenmal. Alle ehemaligen Regimentsangehörigen und die Angehörigen Gefallener sind hierzu eingeladen.

Gegen die Errichtung der Mistantriebseile für gewerbliche Räume haben sich, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, fast alle sächsischen Landesämtern ausgesprochen. Au dieser Stellungnahme hat zunächst die Erzgebirgsstadt, daß der Vorschlag mindestens solange keine Weiterverfolgung verdient, als noch die Abwandsbewirtschaftung gewerblicher Räume besteht und deren Bauherr nunmehr Weten beobachtet, die wesentlich unter dem Friedensstand liegen. Doch auch grundsätzlich ist die Aufbringung von Mitteln für die Wiederbesiedlung des Erzgebirges so außerordentlich bedeutungsvoll, daß schon im allgemeinen Interesse alle Gewerbevertreter zu dem bedächtigsten Zweck beitragen müssen.

Sachsen. Für 1924 trete Dienstleistung bei der höchsten Freim. Feuerwehr wurden mit dem tragbaren Ehrenzeichen der Sach. Feuerwehren ausgezeichnet: Hermann Albert Steinbach, Feuerwehrleiter Hermann Delstner, Samariter Paul Voigt und Wilhelm Winter, Feuerwehrleiter Richard Georg und Signalführer Richard Lorenz und Anton Seifert.

Kwidau. Ab Ende von der kommunistischen Partei.

Wittenberg. Das „Sächsische Volksblatt“ teilte mit, daß der Vorsitzende der kommunistischen Ortsgruppe in Bob Elster, Vertrieb, zu den Volksfesten übergetreten ist, weil ihm sein

lichen Verhältnissen dadurch gerecht zu werden, daß in großem Umfang als in früheren Jahren die Arbeitern der Gerichte auch in freiliegenden Soden fortgeführt werden.

Stellungnahme der Sächsischen Landespolizei. Die höchste Nachwerke leben sich durch die trostlose Dros auf dem Garbenmarkt gezwungen, ihren Betrieb zum größten Teile stillzulegen. Von den Arbeitern kann nur ein kleiner Teil in anderen Betrieben der Werte unterbracht werden. Der größte Teil muß entlassen werden.

Gerichtsraum.

Der Kommunistenprozess bei Langenfeld. Anfang Februar b. J. hatte die Sächsische Landespolizei den Auftrag erhalten, dem Kommunistenführer Max Roscher in Schubert zu nehmen, weil er verdächtigt war, in Thüringen und wohl auch im Ruhrgebiet und in Bayern kommunistische Propaganda gemacht und Menschen gehalten zu haben. Die Verhaftung Roschers konnte aber nicht erfolgen, weil die Anhänger Roschers sich zwischen die Sächsische Landespolizei und Roscher worten. Am 8. Februar wurden nun eine Anzahl Sächsischer Polizeibeamte nach Langenfeld kommandiert. Roscher hielt vor der Schule von Bodau eine Ansprache an die dort versammelte Menge des Inhalts, die Stroh hant und wollte ihn verhaften. Er forderte zum bewaffneten Widerstand auf und gab Befehl, daß alle seine Getreuen mit nach Marterbüchel ziehen sollten, um dort der Stroh entgegenzutreten. Unter Roschers Leitung wurden dann dort hinter der Turnhalle Waffen und Munition verteilt. Die Bewaffneten zogen mit Roscher, der selbst ein Gewehrführte, nach Marterbüchel, um dort der Sächsische Landespolizei oder Reichswehr entgegenzutreten. Die Teilnehmer an diesen bewaffneten Widerstand wurden dann zum größten Teil festgenommen und auf einem Pakauto zunächst nach dem Amtsgericht Chemnitz gefordert, später an das zuständige Gericht in Freiberg abgeleitet. Wegen Teilnahme an diesen verhängnisvollen Vorgängen hatten sich jetzt vor dem erweiterten Schiedsgericht in Freiberg 36 Arbeiter aus Bodau-Langenfeld zu verantworten. Das Gericht verhängte Strafen von 2 Jahren bis 3 Monaten Gefängnis. 10 Angeklagte wurden freigesprochen.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Dresden Große Kunstaustellung. Die Dresdner Künstlerschaft plant, im Anschluß an die für 1926 angelegte „Jahrestauschau deutscher Arbeit“ eine „Große Kunstaustellung“ zu veranstalten, zu der alle deutschen wie ausländische bildende Kunst beigetragen werden soll.

Gründung eines Mitteldeutschen Landestheaters. In Döbeln a. S. wurde, nachdem der Staat eine erhebliche Unterstützung zugesagt hat, das Mitteldeutsche Landestheater gegründet. Es will alle Städte der Provinz Sachsen, die kein eigenes Theater haben, mit Theatervorstellungen versorgen. Zum Leiter wurde der bisherige Geschäftsführer der Mitteldeutschen Volksbühne, Schriftsteller Hermann Lange, bestellt.

Eine Kirche als Theater. In Neukirch wurde die dortige Kirche, ein prächtiger gotischer Bau, zu einem Theater umgebaut. Möglic streben die Schuler empor und geben diesem eigenartigen Theaterraum eine ganz besondere Stimmung. Der frühere Altarraum wurde in eine modern eingerichtete Bühne mit Rundhorizont umgebaut. Die Sakristei, in denen früher der geistliche sich auf seine religiöse Handlung vorbereitete, ist jetzt zur Schauspielergarderobe umgebaut. Die Emporen sind zu bequemen Rängen umgewandelt. Das Theater dürfte mit zu den schönen Kammerpiel-Bühnen Deutschlands gehören. Das Ensemble des Münchner-Glaßdorfer Stadttheaters wird in diesen neuen Theater Gastspiele geben.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin, 22. Juli. Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Parteiführer des Reichstages, mit Ausnahme der Nationalsozialisten und der Kommunisten. Der Reichskanzler unterrichtete die Parteiführer vertraulich über die zum Domänenputz ausgearbeiteten Geheimnotfälle. Wie verlautet, ist in dieser Verhandlung, an der außer dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann auch die Minister Dr. Luther und Dr. Jarres teilnahmen, vertraulich auch die parlamentarische Lage besprochen worden, wie sie sich in den nächsten Tagen gestalten kann.

Deutschnationale Bedingungen für Deutschlands Teilnahme an der Londoner Konferenz.

Berlin, 22. Juli. Die deutsch-nationale Reichsregierung hat nach längerer Beratung in Sicht Wende einen Beschluss gefaßt, in welchem sie folgende Forderungen an die Regierung richtet: Eine Teilnahme an der Londoner Konferenz kann nur erfolgen, wenn es sich nicht um Entgegnahme eines Diktates, sondern um Verhandlungen als gleichberechtigter Partner handelt. Sofortiges Freigabe und Rückkehr der Flussgewässer, unverzügliche wirtschaftliche und militärische Rüstung des Einbruchs- und Sanktionsgebietes, Wiederherstellung der wirtschaftlichen und administrativen Hoheit des Reiches im aldeutschen Gebiet einschließlich des Eisenbahnnetzes, Sicherung der Unerkennung, daß die Freiheit für die Rüstung mit dem 10. Januar 1920 zu laufen bekommen haben, Sicherung gegen künftige Sanktionen, keine Unerkennung von Forderungen, welche gegen die Würde und Unabhängigkeit Deutschlands verstossen, und Sicherung des der Wahrheit widerprechenden Schlußbekanntnisses. Der Beschluss erläutert, daß die Deutsch-nationale sich mit allen Mitteln Widerstand leisten werden, bis ihren Forderungen nicht entsprochen.

Die olympischen Spiele verbinden die internationalen Beziehungen.

Görlitz, 22. Juli. Zum Abschluß an eine Korrespondenz ihres Pariser Vertreters veröffentlichten die „Times“ einen heftig gehaltenen Artikel gegen die gesamtstädtisch in Paris durchgeföhrten olympischen Spiele. Die Einrichtung dieser Spiele sei zum Verhältnis verurteilt, denn es habe nie erwiesen, daß die Spiele die internationales Geistliches vereinfachen. Datt, wie es ihr persönliches Grundprinzip war, eine Menschenbegleitung zu machen damit eine Verbesserung der internationalen Beziehungen die Waffen zusammenführen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Max Schumann, Dr. u. Berl. Auer Landespolizei, m. d. d. Das

An unsere Postbezieher!

Bestellen Sie noch heute
für Monat August
das „Auer Tageblatt“.

Für alle nach dem 25. eines Monats eingehenden Zel-
tungsbestellungen berechnet die Post eine Sondergebühr.

Verlag des „Auer Tageblattes“.

Waldheim. Aufdeckung eines Mordes. Von einem Pilzjäger wurde die seit August 1923 vermiste achtjährige Marianne Künnel aus Waldheim-Richenhain unter einer Eiche verscharrt aufgefunden. Zweifellos liegt Mord vor. Dringender Verdacht richtet sich gegen einen mehrfach mit Buchthaus bestroten Menschen, der bereits als 15jähriger Kindling ein Mädchen ermordet hat.

Dresden. Große Beträgerie im wilden Dresdner Kohlenhandel. In Dresden fiel es schon seit längerer Zeit auf, daß von kleinen, meist wilden Kohlenhändlern große Mengen von Kohle und Kohle zu einem Preis angeboten und verkauft wurden, der unter dem Erstiebungspreis lag. Umsorgte und vorsichtige Beobachtungen durch Angehörige des reellen Kohlenhandels führten zu einem überraschenden Ergebnis. Die kleinen Kohlenhändler fausten bei Großfirmen Kohlen und Kohle zuweisen. Mit diesen Ladungen fuhren sie nach der städtischen Gasanstalt, wo sie mit zwei städtischen Wiegemeistern zusammenarbeiten, die ihnen über ihre Fuhren amtliche Wiegezettel mit einem von 80 bis 40 Rentner höheren Gewicht ausstellen, als die Fuhrten tatsächlich enthielten. Auf Grund dieser amtlichen Wiegezettel verkaufen die Händler die Kohlen in der Stadt zu einem auffallend billigen Preise, bei dem sie aber natürlich immer noch ein sehr gutes Geschäft machen, in dessen Erträgen sie sich mit den beiden Wiegemeistern teilen. Einige der beteiligten Personen, darunter die beiden städtischen Wiegemeister sind bereits in Haft genommen worden.

Dippoldiswalde. Mord an der Geliebten. Am

Tag zum Sonntag ist die 21 Jahre alte, bei ihren Eltern in Dippoldiswalde wohnende Hausdame Martha R. von ihrem Geliebten, dem Fahrtechniker Ed. Joh. Duh, 25 Jahre alt, aus Freiburg gebürtig, im Walde an der Mündung Dippoldiswalde-Berreuth erschossen worden. Die R. wurde durch einen Schuß in die linke Schulter getötet. Der Täter durfte im Einverständnis und auf Verlangen der Erzählerin gehandelt haben. Nach vollbrachter Tat will Duh ver sucht haben auch sich zu erschießen, die Waffe soll jedoch versagt haben. Er will sie dann unweit des Tatortes weggeworfen haben, sie konnte aber bisher nicht gefunden werden. Auch Versuche des Täters, sich möglichst aufzuhalten und zu ertränken, mißlangen. Der Stoff riss und das Wasser der Talsperre Waller, in die er von einer acht Meter hohen Brücke sprang, spülte den Mörder wieder ans Land. Nach diesen vergeblichen Versuchungen, sich selbst den Tod zu geben, meldete sich Duh freiwillig bei der Polizei in Dippoldiswalde, die ihn dann dem dortigen Amtsgerichtsgefängnis zuführte.

Volkswirtschaftlichkeit.

Einschluß der Gerichtsgerüste auf die Wirtschaftslage des Industrie. Der Verband Sächsischer Industrieller hat an die Präsidenten der sächsischen Landesgerichte eine Eingabe gerichtet, mit Rücksicht auf die große Geldnot in der sächsischen Industrie von der Anwendung des Paragraphen 200 Absatz 4 des Gerichtsversetzungsgesetzes weitgehend Gebrauch zu machen. In diesen gesetzlichen Bestimmungen ist vorgesehen, daß in Landgerichtsprozessen auf Urteil auch solche Sachen, welche nicht Gegenstand der Verhandlung sind, sofern sie besonderer Bekleidung bedürfen, als Verhandlungssachen bezeichnet werden sollen. Bei den gegenwärtigen eingesetzten wirtschaftlichen Verhältnissen kommt die Einrichtung der Gerichtsgerüste, die eine allgemeine Vertagung der Rechtsstreitigkeiten zur Folge hat, einem Monotonium für die Schultheiße ähnlich. Diese Abwandschaltung genügt aber nicht nur den einzelnen Gläubigern, sondern will Rücksicht auf die große Zahl der Hauseigentümer, der gesamten Wirtschaft zum Rücksicht. Aus diesem Grunde hat der Verband Sächsischer Industrieller, die Präsidenten der sächsischen Landesgerichte und im Einzelfall davon den Justizminister gebeten, den besonderen wirtschaft-

